Wahlprüfsteine a u f s t e h n zur Kommunalwahl 2019

Antworten der Wählergruppe DIE aNDERE

1. Kindertagesstätten

Das Angebot an KiTa- und Schulplätzen blieb in den letzten Jahren weit hinter dem Bedarf zurück, auch durch den rasanten Zuzug nach Potsdam. Der aktuell große Mangel an KiTa-/Krippenplätzen in Potsdam führt dazu, dass Familien Bewerbungsgespräche um einen KiTa-/Krippenplatz über sich ergehen lassen müssen oder aufgrund eines fehlenden Platzes ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen können.

Wie möchten Sie dieses Problem in der Stadtpolitik lösen und wie werden Sie diese Familien unterstützen? In welcher Form würden Sie das Betreuungsangebot erweitern?

Der Mangel an Schulen und KiTa-Plätzen ist das Ergebnis einer jahrelangen falschen Stadtentwicklungspolitik. Einerseits wurden viele Wohnungen gebaut, die den Zuzug junger Familien nach Potsdam angeheizt haben, andererseits wurden Nahverkehr, Schulen und KiTas nicht im erforderlichen Umfang gebaut. Gleichzeitig wurden viele städtische Grundstücke verkauft, um den Umbau der Potsdamer Mitte zu finanzieren. Jetzt fehlen überall Grundstücke, um Schulen oder soziale Einrichtungen zu bauen. DIE aNDERE spricht dafür aus, keine neuen Baugebiete auszuweisen, bevor die jetzt nötige verkehrliche und soziale Infrastruktur geschaffen wurde.

Die fehlenden Schulen sollen in den nächsten Jahren gebaut werden. Unsere Wählergruppe fordert, dass die neuen Schulen so ausgestattet werden, dass sie nach Schulschluss durch Vereine und Initiativen genutzt werden können. Wir wollen Schulen mit eigener Schulküche, Veranstaltungsräumen und wettkampftauglichen Sportplätzen.

Bei der KiTa-Versorgung müssen mittelfristig sogar Überkapazitäten gebaut werden, damit Eltern endlich ein wirkliches Wahlrecht ausüben können.

2. Grundsicherung und Zugang zu Bildung, Kultur, Nahverkehr

Bei der – von den Sozialverbänden bestätigten – aktuell zu geringen Höhe der Grundsicherung (Hartz IV/Mindestrente) ist jeder Euro ein Vermögen. Bildung, Kultur bleiben zwangsläufig zuerst auf der Strecke. Kaum aufzubringende Kosten für den ÖPNV erschweren die Mobilität.

Halten Sie für Menschen mit Einkommen auf Hartz IV-Niveau kostenlosen ÖPNV sowie kostenlosen Zugang zu Kultur und Bildung nicht längst für überfällig? Welche Schritte in diese Richtung planen Sie in der Landeshauptstadt, um Teilhabe aller besser zu ermöglichen?

DIE aNDERE hat bereits vor zehn Jahren ein Konzept zur Einführung des Nulltarifes im ÖPNV vorgelegt. Erste Schritte sollten ein kostenloses Schülerticket und der Nulltarif in schwächer ausgelasteten Verkehrszeiten sein.

Auf unsere Initiative wurde vor Jahren das Kulturticket eingeführt. Viele Kultureinrichtungen gaben Restkarten eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn für drei Euro ab.

Wir setzen uns für den freien Eintritt in die Museen der Stadt, den Volkspark und die Bibliothek ein.

3. Gemeinwohlorientierung des städtischen Klinikums

Das städtische Klinikum *Ernst von Bergmann* steht in der Kritik. Obgleich in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH betreibt es seine Geschäftstätigkeit mit einer hohen Gewinnorientierung. Dies geht zu Lasten der Patienten und Beschäftigten. Mangel und Einsparung an Personal (z.B. auf den Stationen, bei der Anästhesie, in der OP-Pflege), zu hohe Arbeitsbelastung, zu geringe Entlohnung, teilweise unter Tarif, Auslagerung von Dienstleistungen; Leiharbeit bzw. Heranziehung von Leasingkräften sind Ausdruck dieser Geschäftspolitik.

Wie gedenken Sie, diese „gesundheitsgefährdende“ Situation schnellstmöglich zu beseitigen? Wie wollen Sie Einfluss nehmen, dass der Personalnotstand behoben, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, z.B. durch Personalschlüssel und Tarifentlohnung verbessert, der Einsatz von Leiharbeitskräften verringert werden, um nur einige Punkte zu nennen?

Unsere Wählergruppe kämpft seit Jahren für Tariflohn und mehr Personal im städtischen Klinikum. Wir fordern die Bezahlung aller Beschäftigten (also auch in den Filial-, Tochter- und Enkelgesellschaften des Klinikums) nach dem *Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes* (TVöD). Dazu wollen wir durchsetzen, dass das Potsdamer Krankenhaus im Kommunalen Arbeitgeberverband aus der „Mitgliedschaft ohne Tarifbindung“ in die normale Mitgliedschaft zurückwechselt. Leider haben wir für diese Forderungen in der SVV keine nennenswerte Unterstützung anderer Fraktionen erhalten. Deshalb bereiten wir derzeit intensiv ein Bürgerbegehren vor, um eine anständige Bezahlung und mehr Personal im Klinikum durchzusetzen. Die Unterschriftensammlung soll spätestens im Sommer starten.

4. Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Das Bundesteilhabegesetz von 2016 sowie das entsprechende Landesgesetz von 2018 haben zum Ziel, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen im Sinne von mehr Teilhabe und mehr Selbstbestimmung zu verbessern. Die Kritik richtet sich vor allem auf die unzureichenden personellen und finanziellen Ressourcen zur Umsetzung der vorgenannten Gesetze, z.B. bei der tatsächlichen Teilhabe betroffener Menschen zur Wiedereingliederung in den Alltag bzw. in das berufliche Leben.

Wie schätzen Sie die Situation in Potsdam in Bezug auf die finanzielle und personelle Ausstattung zur Umsetzung des Teilhabegesetzes ein? Wie sehen Ihre Ideen dazu aus und welche Maßnahmen planen Sie, die Umsetzung dieses Gesetzes sicherzustellen und ggf. zu verbessern?

Die Stadt Potsdam muss dringend mehr Mittel für Unterstützungsangebote und Assistenzleistungen bereitstellen. Landesweit steht die Potsdamer Verwaltung in dem Ruf, dass hier trägerübergreifende persönliche Budgets nur widerwillig bearbeitet und gezahlt werden. Hier muss eine völlig andere Kultur entstehen. Unterstützung muss aktiv angeboten werden. Gebäude und Stadträume müssen von vornherein so geplant werden, dass sie auch für Menschen mit Behinderungen oder für mobilitätseingeschränkte Menschen einfach nutzbar sind. Ähnliches gilt für die Verkehrsmittel und für die städtischen Internetangebote.

Unsere Wählergruppe wendet sich gegen den Neubau einer Förderschule in der Waldstadt, weil deren Besuch die Bildungs- und Berufschancen von Kindern mit zusätzlichem Förderbedarf erheblich verschlechtert. Das Bildungssystem muss endlich auf die inklusive Beschulung an den Regelschulen eingestellt werden. Als Schulträger kann die Stadt Schulen bauen, die barrierefrei sind und zusätzliche Räume für besondere Förderangebote haben.

Die aNDERE setzt sich für eine vollständige Umsetzung aller Einzelmaßnahmen des Lokalen Teilhabeplanes innerhalb der nächsten Haushaltsperiode ein.

5. Mietpreis Deutsche Wohnen

Die *Deutsche Wohnen SE*, einer der großen Wohnungskonzerne in Deutschland, will in Krampnitz ca. 1.400 Wohnungen bauen, davon 500 in sanierten Kasernengebäuden, 900 als Neubau. Bei Erwerb der Grundstücke 2017 wurde für die Bestandsbauten eine Zielmiete von 8,50 Euro/Quadratmeter pro Monat kalkuliert, für den Neubau wurden keine Kalkulationen öffentlich gemacht.

Wie schätzen Sie die Möglichkeiten der Einflussnahme der Landeshauptstadt ein, den Wohnungskonzern zu veranlassen, die für den Bestand kalkulierte Zielmiete einzuhalten und im Neubau einen für Potsdamer Durchschnittseinkommen leistbaren Mietpreis für welchen Zeitraum (z.B. durch vertraglich durchsetzbare Fristenregelungen) zu sichern?

Die Politik der Linksfraktion, erst die Privatisierung von Wohnungen und Grundstücken mitzutragen und im Nachhinein mit Miethaien über die Senkung der Mieten zu verhandeln, halten wir für inkonsequent. Wir empfehlen Dr. **Scharfenberg**, die Grundkenntnisse der Standardwerke von **Karl Marx** noch einmal aufzufrischen. Wer preiswerte Mieten sichern will, darf die Wohnungspolitik nicht denen überlassen, die an hohen Mieten verdienen.

6. Liegenschaftspolitik der Landeshauptstadt

Das Liegenschaftsvermögen der Landeshauptstadt Potsdam ist in den vergangenen 30 Jahren kontinuierlich geschrumpft. Neben dem Vermögensverlust verlor die Stadt damit auch ein entscheidendes Mittel, die Bodennutzung im Sinne des Gemeinwohls zu steuern. Die Steuerungshoheit zum Erreichen stadtentwicklungspolitischer Ziele kann nur zurückgewonnen werden, wenn die Stadt über Grundstücke in ausreichender Zahl verfügt.

Welche Anforderungen stellen Sie an eine gemeinwohlorientierte nachhaltige Liegenschaftspolitik der Kommune? Was wollen Sie in Potsdam ändern, um eine Liegenschaftspolitik in diesem Sinne zu betreiben? Welche rechtlichen und finanziellen Mittel wollen Sie einsetzen, um diese Politik umzusetzen?

DIE aNDERE lehnt den Verkauf städtischer Grundstücke grundsätzlich ab. Wir setzen uns dafür ein, Grundstücke maximal in Erbbaupacht an Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger zu vergeben.

Außerdem muss die Stadt Potsdam selbst aktiv Vorkaufsrechte nutzen und ggf. schaffen, um ihren Grundstücksbestand in allen Stadtteilen zu vergrößern.

Besonders wichtig ist auch die Durchsetzung des beschlossenen Flächennutzungsplanes. Die Stadt darf Eigentümern, die Kleingärten, Wald und Grünflächen billig aufkaufen nicht durch die Schaffung von Baurechten Spekulationsgewinne in Millionenhöhe verschaffen.

7. Garnisonkirche

Der Bau des Turms der Garnisonkirche hat begonnen, obgleich seine vollständige Finanzierung aus privaten Spenden gegenwärtig keineswegs als gesichert gilt. Andererseits fasste die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung in der Vergangenheit mehre Beschlüsse, die eine finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt am Bau der Kirche ausschließen. Gleichzeitig wachsen mit dem Fortgang des Baugeschehens Befürchtungen über eine Wiederbelebung des preußischen militaristischen Geistes.

Wären Sie im Falle einer Finanzlücke bei der Fertigstellung des Turms bereit, Mittel aus dem städtischen Haushalt zu bewilligen, um den Bau zu Ende zu führen? Was wollen Sie tun, um zu verhindern, dass rechtsnationale, antidemokratische Organisationen oder Einzelpersonen die Kirche als Wallfahrtsort missbrauchen?

Mit unserer Zustimmung wird es keinen Cent für dieses Vorhaben geben. Unsere Wählergruppe wendet sich noch immer gegen den Aufbau der Garnisonkirchenkopie. Wir erwarten vom Oberbürgermeister, das erfolgreiche Bürgerbegehren umzusetzen und alles rechtlich Mögliche zu unternehmen, um auf die Auflösung der Garnisonkirchenstiftung hinzuwirken. Der Aufbau kann zu jeder Zeit gestoppt und das dann Gebaute einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden – z.B. als Museum für die Militär- und NS-Geschichte Potsdams.

8. Potsdamer Konferenz: 75. Jahrestag

Die Welt befindet sich geopolitisch in einem Wandel, von dem enorme Bedrohungen für Europa und Deutschland ausgehen. Jüngstes Beispiel ist die Kündigung des INF-Vertrages. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Frieden und Sicherheit am wirksamsten und nachhaltigsten durch Abrüstung und Kooperation statt Aufrüstung und Konfrontation geschaffen werden können. Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 fand im Schloss Cecilienhof die Potsdamer Konferenz statt, in denen die drei Siegermächten des II. Weltkrieges eine Nachkriegsordnung schufen, die trotz Kalten Krieges und Rüstungswettlauf für Mitteleuropa eine lange Friedensperiode brachte. Wir schlagen vor, dass die Landeshauptstadt Potsdam zum 75. Jahrestag zu einer *Neuen Potsdamer Konferenz* einlädt, die Partner aus Ost und West, aus Süd und Nord zusammenbringt, um über Abrüstung, kollektive Sicherheit und Zusammenarbeit zu beraten.

Welche Position beziehen Sie? Würden Sie die Idee unterstützen, indem Sie eine entsprechende Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung einbringen?

Die Potsdamer Konferenz war ein wichtiges historisches Ereignis, an das unbedingt erinnert werden sollte. Aus unserer Sicht spricht auch nichts dagegen, aus diesem Anlass über Abrüstung und Sicherheit in Europa zu beraten. Aber ob wir einen solchen Antrag einbringen oder unterstützen hängt davon ab, wer aus welchen Motiven eine solche Initiative unterstützt und wer dort über welche Fragen beraten soll.

DIE aNDERE
Wählergruppe DIE aNDERE
c/o Jan Wendt, Dortustraße 1, 14467 Potsdam
die-andere.org
kontakt@die-andere.org
@DIEaNDEREPotsdam
Mai 2019